



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

6. Ratssitzung vom 17. Juni 2026

245. 2025/531

**Motion von Selina Walgis (Grüne) und Yves Henz (Grüne) vom 12.11.2025:
Gezielte Unterstützung von Personen, die an Long Covid erkrankt sind und keine
oder noch keine Unterstützung durch die Invalidenversicherung (IV) erhalten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Walgis (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 5393/2025): Long Covid ist für viele Betroffene eine schwere Erkrankung mit langfristigen Folgen. Sie können nicht nur ihrer Arbeit, sondern auch ihrem Alltag nur eingeschränkt oder gar nicht mehr nachgehen. Selbst einfache Tätigkeiten werden über Monate oder sogar Jahre hinweg zu einer Herausforderung. Ich denke, wir kennen alle jemanden, der an Long Covid leidet oder gelitten hat. Wir kennen Beispiele unterschiedlicher Krankheitsverläufe und mangelnder Unterstützung sowie die Frage, was das für diese Personen und ihre Familien bedeutet. Gleichzeitig erhalten viele Betroffene keine Unterstützung durch die Invalidenversicherung (IV). Das Verfahren dauert lang und nicht alle Gesuche werden bewilligt. Dadurch entstehen Lücken. Die Menschen sind krank und stark eingeschränkt, erhalten aber nicht die Unterstützung, die sie bräuchten. In Zürich kann das schnell zu finanziellen Problemen führen, weil das Leben teuer ist. Hohe Mieten und Lebenshaltungskosten machen es schwierig, eine solche Situation über längere Zeit zu überbrücken. Mit diesem Vorstoss wollen wir prüfen lassen, wie die Stadt Menschen mit Long Covid gezielt unterstützen kann. Denkbar sind finanzielle Hilfe, ein Unterstützungsfonds oder Beratungsangebote. Wichtig ist auch, dass Betroffene Unterstützung beim Beantragen von Leistungen bekommen, weil die Verfahren komplex und belastend sind. Es geht darum, dort zu helfen, wo es diese Lücken gibt und Menschen in Not geraten können. Der Stadtrat beantragt die Umwandlung in ein Postulat. Wir haben uns seine Begründung angeschaut und gelesen, was bereits unternommen wird. Wir finden aber, dass dies bei weitem nicht ausreicht. Wir sind nicht von der Einschätzung des Stadtrats überzeugt. Wir sind nicht zuversichtlich, dass der Stadtrat mit einem Postulat tatsächlich aktiv wird. Darum wollen wir bei diesem wichtigen Thema unbedingt bei der Motion bleiben und erwarten, dass der Stadtrat aktiv wird und eine kreative Lösung findet.



Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: *Jeder Fall von Long Covid ist einer zu viel. Die Motionärin hat es ausgeführt: Das Leid für die Betroffenen und Angehörigen ist enorm. Das mussten wir in den letzten Jahren alle erfahren. Zu Beginn der Pandemie haben wir diese Auswirkung nicht kommen sehen. Besonders gefordert sind bei diesem Thema natürlich der Bund und die Kantone. In der Stadt gibt es verschiedene medizinische und sozialpolitische Instrumente, die Personen mit Long Covid offenstehen und mit denen auf ihre individuelle Notlage reagiert werden kann. Der Stadtrat ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen und die Situation weiter zu beobachten. Dabei sollen besonders die Entwicklungen in der Medizin, die nationale Strategie und die daraus abgeleiteten kantonalen Massnahmen sowie die Sozialversicherungen im Auge behalten werden. Überweisen Sie das Geschäft, wird die Umsetzung nicht nur in meinem Departement, sondern in Zusammenarbeit mit dem Gesundheits- und Umweltdepartement angegangen.*

Weitere Wortmeldungen:

Michele Romagnolo (SVP): *Niemand bestreitet, dass Long Covid für Betroffene und ihre Angehörigen eine riesige Belastung ist. Die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen sind real und müssen ernst genommen werden. Gerade daher sollte man Lösungen finden, die sinnvoll, praktikabel und für alle fair sind. Der Stadtrat zeigt in seiner Antwort auf, dass heute schon verschiedene Unterstützungsangebote vorhanden sind. Dazu gehören die spezialisierte Long-Covid-Sprechstunde, Spitex-Leistungen und das Pilotprojekt Social Prescribing, womit Betroffene bei sozialen und finanziellen Fragen begleitet und an die richtige Stelle verwiesen werden. Die Motion verlangt einen eigenen Unterstützungsfonds für Menschen mit Long Covid. Das würde eine Sonderbehandlung für eine einzelne Krankheit schaffen. Es gibt viele Menschen mit schweren oder schwierig zu diagnostizierenden Krankheiten, die sich in ähnlichen Situationen befinden. Es wäre nicht gerecht, für eine einzige Gruppe einen Spezialweg einzurichten. Dazu kommt, dass ein Fonds in der Praxis schwierig umsetzbar ist. Die Stadt müsste parallel oder in Abweichung von der IV eigene medizinische Beurteilungen vornehmen und entscheiden, wer Anspruch hat und wer nicht. Das würde zu einem grossen rechtlichen und organisatorischen Problem führen. Wir wissen, dass auf Bundes- und Kantonsebene bereits Arbeiten laufen. Es wird eine nationale Strategie zu Long Covid bzw. zu chronischen neuroimmunologischen Multisystemerkrankungen geschaffen. Auch die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt sollten zuerst ausgewertet werden. Es macht Sinn, diese Entwicklungen abzuwarten und danach zu prüfen, ob und wo noch Lücken in der Versorgung bestehen. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, die Motion abzulehnen.*

Tanja Maag (AL): *Die AL-Fraktion unterstützt die Motion. Es geht hier nicht um die Bevorzugung einer einzelnen Patient*innengruppe, sondern um reale Langzeitfolgen, die das Coronavirus verursachen kann. Das Coronavirus ist allerdings nicht das einzige Virus: Man kennt diese Folgen auch von vielen anderen Viren. Wenn man nun diesen Betroffenen die Unterstützung bietet, die die Motion fordert, können wir beispielhaft aufzei-*



gen, dass dies eben auch für andere Fälle möglich wäre. Muss es immer Tausende Betroffene geben, bis man aktiv wird? Eigentlich geht es um eine Unterstützung, die nicht an Leistungen des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) geknüpft ist. Dabei handelt es sich zum Beispiel um Spitex-Leistungen und die Unterstützung der Betroffenen im Alltag. Das belastet das Portemonnaie der Betroffenen und wird von niemandem bezahlt. Wie soll jemand, der nicht mehr arbeiten kann, diese Kosten selber stemmen? Das ist unmöglich. Zu den Angeboten, die in der Antwort des Stadtrats erwähnt werden, muss ich sagen, dass die Long-Covid-Sprechstunde am Kinderspital schon seit einigen Monaten nicht mehr existiert. Die Sprechstunde am Standort Waid funktioniert zwar gut, ist aber am Anschlag. Wir haben mit einem Antrag im Budget 2026 versucht, sie personell und bei den Ressourcen aufzustocken. Das Social Prescribing ist ein Glücksfall. Es ist eine absolute Notwendigkeit, dieses Angebot für Menschen mit chronischen Erkrankungen aufzustellen. All diese Angebote gibt es zwar, aber eigentlich geht es bei dem Vorstoss nicht um den Angebotsaufbau, sondern um eine zusätzliche substanzielle und individuelle Unterstützung. Sich hier auf die ablehnende Reaktion des Regierungsrats zu stützen, der zu einem Vorstoss auf kantonaler Ebene befand, dass man das nicht könne und der Bund zuständig sei, zeugt nicht vom politischen Willen zur Unterstützung.

Nadina Diday (SP): In der Schweiz sind rund 300 000 Menschen von Long Covid betroffen. Sie haben weitgehend Beschwerden, die man nicht gut messen kann, und müssen ein IV-Verfahren durchlaufen, das oft Jahre dauert. Dieses dauert so lang, weil Long Covid aus der psychosomatischen Sicht beurteilt wird. Ich habe das von einer Freundin mitbekommen, die das Verfahren selbst erlebt hat. Ihre Beschwerden wurden infrage gestellt und nicht anerkannt. Das ist keine Ausnahme. Dieser Verlauf ist bei Long Covid gängige Praxis. Das hat Konsequenzen. Nur etwa 4 Prozent der Long-Covid-Betroffenen haben bisher eine IV-Rente bekommen. Das ist für mich kein funktionierendes, sondern ein versagendes System. Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, dass Long Covid keinen Sonderfall darstelle. Das klingt so, als würden die Krankheiten gleichbehandelt. In Wirklichkeit ist es aber anders: Wer mit diffusen, schwer zu beweisenden Krankheiten in das bürokratische Verfahren der IV muss, hat es systematisch schwerer. Bei Long Covid kommt dazu, dass rund 80 Prozent der Betroffenen Frauen sind. Wir wissen alle, dass Krankheiten, die primär Frauen betreffen, schlechter erforscht und politisch weniger priorisiert sind. Ich stimme dem Stadtrat zu, dass der Bund zuständig dafür ist, IV-System effizienter und unbürokratischer zu gestalten. Aber bis es so weit ist, braucht es eine städtische Unterstützung. Darum unterstützt die SP die Motion.

Yves Henz (Grüne): Wir Grünen wollen eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt. Wir wollen eine Gesellschaft, die denen unter die Arme greift, die es brauchen. Wir alle haben schon einmal erfahren, wie es ist, Hilfe zu brauchen, weil man es selber nicht mehr schafft, seinen Alltag und seine Arbeit zu bestreiten. Gerade Menschen mit Long Covid sind viel zu lange durch das Raster unserer gesellschaftlichen Unterstützung gefallen. Sie wurden lange vernachlässigt und in eine Position der Verzweiflung und Hilflosigkeit gebracht. Das können wir mit unserer Entscheid ändern. Wir wollen und können solidarisch handeln. Wir können es schaffen, dass für alle Menschen in unserer Gesellschaft gesorgt wird. Natürlich stehen in allererster Linie der Bund sowie die Kantone in



4 / 4

der Pflicht. Das heisst aber nicht, dass die Stadt diese Menschen benutzen soll, um den Bund oder Kanton zum Handeln aufzufordern. Sie brauchen die Unterstützung jetzt.

Florine Angele (GLP): *Die GLP unterstützt die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat. Auch wir finden das Thema sehr wichtig. Einige von uns haben Bekannte, die unter Long Covid leiden. Es ist leider eine Tatsache, dass die IV-Verfahren in diesem Feld nicht zufriedenstellend sind. Zwei wichtige Argumente sprechen aber gegen eine Motion. Für uns stellt sie eine Bevorzugung einer einzelnen Krankheit dar. Es gibt andere Kranke mit sehr komplexen Krankheitsbildern, die ebenso durch die Maschen der IV fallen. Auch dort dürfte das nicht geschehen. Wir wollen das Problem zwar nicht nach Bern abschieben, aber der Hebel liegt nicht bei uns. Manchmal muss man das akzeptieren.*

Selina Walgis (Grüne) ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Motion wird mit 60 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat